

Interpellation Gähwiler-Buchs / Schulthess-Grabs / Bisig-Rapperswil-Jona (8 Mitunterzeichnende)
vom 22. September 2021

LGBTQIA+-Anlaufstellen für Jugendliche und Erwachsene im Kanton St.Gallen

Schriftliche Antwort der Regierung vom 4. Januar 2022

Josef Gähwiler-Buchs, Katrin Schulthess-Grabs und Andreas Bisig-Rapperswil-Jona erkundigen sich in ihrer Interpellation vom 22. September 2021 nach LGBTQIA+-Anlaufstellen für Jugendliche und Erwachsene im Kanton St.Gallen; also nach Beratungsstellen und ähnlichen Angeboten für lesbische, schwule, bisexuelle, transgender, queere¹, intergeschlechtliche und asexuelle Personen sowie andere Menschen, die sich der queeren Community zugehörig fühlen.

Die Regierung antwortet wie folgt:

In ihrem Antrag vom 11. Mai 2021 zur vom Kantonsrat gutgeheissenen Motion 42.21.04 «Hate Crimes statistisch erfassen – wichtige Grundlagen zum Schutz von gesellschaftlichen Minderheiten schaffen», hält die Regierung fest, dass sie gewillt ist, alle Minderheiten zu schützen sowie die Beseitigung jeglicher Form von Diskriminierung zu unterstützen. Die Datenerhebung und Sichtbarmachung von Hassdelikten (sogenannten «Hate Crimes») betrifft auch, aber nicht nur, Delikte gegen Personen, die sich der LGBTQIA+-Community zugehörig fühlen. Die statistische Erfassung dieser Delikte soll mittelfristig zu einer stärkeren Sensibilisierung der Bevölkerung für die entsprechenden Anliegen führen.

Im Kanton St.Gallen gibt es zwar bereits verschiedene Angebote, z.B. der «Fachstelle für Aids- und Sexualfragen» oder der «fapla – Beratungsstelle für Familienplanung, Schwangerschaft und Sexualität». Diese Stellen bieten Menschen inner- und ausserhalb der LGBTQIA+-Community (z.B. Eltern, Schule) Informationen und persönliche Beratungen an, unter anderem in den Bereichen geschlechtliche und sexuelle Vielfalt oder sexuelle Gesundheit. Die Angebote sind niederschwellig zugänglich und die Stellen sind gut mit der LGBTQIA+-Community vernetzt. Angesichts der spezifischen Herausforderungen, insbesondere jüngerer Betroffenen, besteht aber ein Bedarf nach einer massvollen bzw. bedarfsgerechten Anpassung spezifischer Angebote sowohl für Personen aus der Community als auch für deren Bezugspersonen.

Zu den einzelnen Fragen:

1. Die Regierung ist sich der Schwierigkeiten bewusst, mit denen Menschen der LGBTQIA+-Community konfrontiert sind, und ist bestrebt, die Beseitigung jeglicher Form der Diskriminierung voranzutreiben. Die Motion 42.21.04 zielt vor allem auf die Erfassung und auch die Prävention strafbarer Handlungen. Das Feld von Diskriminierungen ist aber weiter zu fassen. So gilt es zu beachten, dass das Bewusstwerden einer von der Norm abweichenden sexuellen Orientierung oder Geschlechtsidentität insbesondere für Jugendliche meist Verunsicherung und ungute Gefühle auslöst. Die Mitteilung ihres Empfindens an ihr Umfeld ist für viele eine immense Herausforderung und kritischer Punkt in der ohnehin fragilen Phase der Identitätsentwicklung. Studien und Statistiken zeigen, dass LGBTQIA+-Menschen im Verlauf ihrer Kindheit und Jugend durch Stigmatisierung ihrer sexuellen Orientierung bzw.

¹ Der Begriff «queer» steht für Personen, deren geschlechtliche Identität und/oder sexuelle Orientierung nicht der Heteronormativität entspricht.

Geschlechtsidentität deutlich mehr von gewissen Suchterkrankungen, Depressionen und Suizidversuchen betroffen sind als andere Bevölkerungsgruppen.² Um diesen Herausforderungen, die sich u.a. bei der psychischen Gesundheit von LGBTQIA+-Jugendlichen (und Erwachsenen) stellen, gerecht zu werden, müssen gezielte Massnahmen auf unterschiedlichen Ebenen ergriffen werden. Hier stellt sich für den Kanton insbesondere auch die Frage, inwieweit in den verschiedenen Bereichen staatlichen Handelns den Bedürfnissen von Personen aus der LGBTQIA+-Community ausreichend Rechnung getragen wird. Das Departement des Innern plant dazu die Entwicklung eines Workshop-Moduls, mit dem innerhalb der Verwaltung praxisbezogen und gezielt die Sensibilisierung gegenüber den Bedürfnissen der LGBTQIA+-Community gefördert werden soll.

2. Der Verein Aids-Hilfe St.Gallen-Appenzell (AHSGA) ist Träger der professionell geführten Fachstelle für Aids- und Sexualfragen und wird durch den Kanton mit Staatsbeiträgen unterstützt. Es ist tatsächlich denkbar, dass der Name der Fachstelle für Aids- und Sexualfragen für einige Personen eine Hemmschwelle darstellt. Eine Umbenennung wäre eine mögliche Massnahme, um diese abzubauen. Mit einer Namensanpassung könnte zudem das breite Angebot der Fachstelle besser abgebildet werden, womit die offene Ausrichtung für Ratsuchende sowie für andere Personen (z.B. Eltern, Lehrpersonen) klarer ersichtlich würde.

Unabhängig davon wird die Fachstelle für Aids- und Sexualfragen im Kanton St.Gallen als wichtige Anlauf- und Informationsstelle auch im Themenbereich LGBTQIA+ wahrgenommen. Wie erwähnt verfügt sie zudem über ein gut zugängliches Angebot. So ist es z.B. mit der kürzlich geschaffenen Beratungsmöglichkeit per Live-Chat insbesondere jungen Personen möglich, unabhängig von ihrem Standort anonym Fragen zu stellen und Unterstützung zu suchen. Neben diesem Angebot ist die Fachstelle für Aids- und Sexualfragen mit niederschweligen Community-Treffs wie «Otherside» oder «s'bunte Grüppli» vernetzt und unterstützt diese fachlich. Im Weiteren bietet die Fachstelle verschiedene sexualpädagogische Angebote an. Zum einen richten sich diese an Lehrpersonen, Schulsozialarbeitende und weitere Fachpersonen der Volksschule sowie der Berufs- und weiterführenden Schulen. Zum anderen werden auch Fachpersonen z.B. aus sozialen Organisationen, Religionsgemeinschaften sowie Vereinen angesprochen. Auch die bereits erwähnte Beratungsstelle für Familienplanung, Schwangerschaft und Sexualität (fapla) bietet im Kanton St.Gallen Beratungen unter anderem im Bereich der geschlechtlichen und sexuellen Vielfalt an. Sie ist für ratsuchende Personen im Kanton ebenfalls einfach zugänglich, u.a. über Regionalstellen sowie eine Online-Beratungsmöglichkeit.

3. Wichtig erscheint der Regierung die Sensibilisierung von Fachpersonen und Entscheidungstragenden vor Ort, in den Regionen und Gemeinden, damit queere Kinder und Jugendliche begleitet und unterstützt sowie ihnen Begegnungsorte und Möglichkeiten zur Verfügung gestellt werden können. Am besten wird dies über die bestehenden Netzwerke erreicht. Im Kanton St.Gallen gibt es etwa das Netzwerk Kinder- und Jugendarbeit (NEKJA SG), das die Organisationen der verbandlichen, kirchlichen sowie der offenen kommunalen Kinder- und Jugendarbeit vernetzt. Das Netzwerk Schulsozialarbeit (NESSA SG) fördert die Vernetzung der Schulsozialarbeitenden sowie ihrer Trägerschaften. Diese Netzwerke greifen aktuelle Themen auf, setzen Impulse für die Auseinandersetzung der Fachpersonen mit einer Thematik und fördern Weiterentwicklungen. An der vergangenen Fach- und Vernetzungstagung des NEKJA SG im Jahr 2020 wurde z.B. ein Workshop zur Frage angeboten, wie sexuelle

² So ist z.B. gemäss Untersuchungen des Institutes für Sozial- und Präventivmedizin der Universität Zürich die Zahl der Selbstmordversuche bei homosexuellen jungen Menschen zwei- bis fünfmal höher als bei heterosexuellen jungen Menschen (<https://www.zora.uzh.ch/id/eprint/65539/>). Auch die Stiftung Gesundheitsförderung Schweiz stellt die höhere Betroffenheit von gewissen Suchterkrankungen, Depressionen und Suizidversuchen fest (siehe Faktenblatt «Geschlechtliche und sexuelle Minderheiten in Gesundheitsförderung und Prävention» abrufbar unter <https://gesundheitsfoerderung.ch/grundlagen/publikationen/alle-publikationen.html>).

und geschlechtliche Vielfalt in der Kinder- und Jugendarbeit gefördert werden kann, damit queere Kinder und Jugendliche geschützt und gestärkt werden. Ebenso bearbeitet derzeit der Dachverband Offene Kinder- und Jugendarbeit Schweiz (DOJ) das Thema und es existiert eine Fachgruppe «Queer», die auch Kinder- und Jugendarbeitenden aus dem Kanton St.Gallen offensteht. Anliegen aus dem Themenbereich LGBTQIA+ sollen künftig vermehrt in den Netzwerken bearbeitet werden. Punktuell werden in wenigen Gemeinden bereits von der Kinder- und Jugendarbeit Treffangebote für LGBTQIA+-Jugendliche angeboten.

Um die spezifischen Bedürfnisse von LGBTQIA+-Jugendlichen künftig im Rahmen eines besonderen Angebots besser abdecken zu können, plant das Amt für Soziales für das Jahr 2023 ein Pilotprojekt zur Förderung niederschwelliger, regionaler Treffangebote für LGBTQIA+-Jugendliche. Ein- bis zweimal monatlich soll in einer ausgewählten Region ein offener Treff für LGBTQIA+-Jugendliche in einem sicheren bzw. vertrauensvollen Rahmen angeboten werden. Nach Möglichkeit soll dieser Treff in Zusammenarbeit mit der kommunalen Kinder- und Jugendarbeit betreut werden. Das Amt für Soziales ist im Austausch mit potenziellen Anbietenden eines solchen Angebots (z.B. Fachstelle für Aids- und Sexualfragen). Nebst einer starken Signalwirkung und der wichtigen Gelegenheit zur Vernetzung für jugendliche Menschen, die den Austausch mit der Community suchen, bietet das Projekt grosses Potenzial für Aufklärungs- und Informationsarbeit in den Regionen.